

Hoffnungsschimmer nach zweitägiger Krisendiplomatie

INFORMELLER GIPFEL DER STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VOM 12. FEBRUAR

Das informelle Treffen der Staats- und Regierungschefs stand im Zeichen zweier drängender Krisen: der Verschärfung des Konflikts in der Ostukraine und den Diskussionen um die Fortführung des griechischen Hilfsprogramms. Selten war der Verlauf eines Gipfels dermaßen von den Entwicklungen der Tagespolitik abhängig: Am Mittwoch, 11. Februar fand zum einen das Treffen der EU-Finanzminister, zum anderen der Vierergipfel mit Bundeskanzlerin Merkel, sowie den Präsidenten Hollande, Poroschenko und Putin in Minsk statt. Die Diskussionen im Rahmen des Gipfels müssen im Kontext der beiden Treffen verstanden werden. Der Ratsgipfel diente in erster Linie zur gemeinsamen Abstimmung hinsichtlich beider Krisen, Schlussfolgerungen wurden hingegen hierzu nicht veröffentlicht.

Die Staats- und Regierungschefs begrüßten vorsichtig die Ergebnisse der Verhandlungen in Minsk, der bisherige Kurs gegenüber Russland wird beibehalten.

Zwar wurde Griechenland beim Gipfel selbst nicht ausführlich besprochen, dennoch kam etwas Bewegung in die stockenden Gespräche. Allerdings entscheidet sich erst in den folgenden Tagen, ob ein Staatsbankrott abgewendet werden kann.

Darüber hinaus verabschiedeten die Staats- und Regierungschefs eine Erklärung zu Maßnahmen zur Terrorismusbekämpfung.

Eine Diskussion über das ursprünglich vorgesehene Hauptthema des Ratsgipfels, Maßnahmen zur langfristigen Konsolidierung der Wirtschafts- und Währungsunion, fand, nur am Rande statt.

1. Ukraine-Krise

Zentrales Thema des Ratsgipfels war die Ukraine-Krise.

Hintergrund: Das Treffen fand vor dem Hintergrund einer unmittelbar drohenden Eskalation des Konfliktes statt. Nach den massiven Angriffen der Separatisten auf die ukrainische Stadt Mariupol hatten die Staats- und Regierungschefs bereits am 26. Januar in einer separaten Erklärung Russland dazu aufgefordert, die Aktionen der Separatisten zu verurteilen und die im September 2014 getroffenen Vereinbarungen von Minsk umzusetzen. Gleichzeitig beauftragten sie die Außenminister, weitere Sanktionen zu prüfen. Angesichts der zunehmenden Verschärfung des Konfliktes startete die EU, unter Führung von Angela Merkel, eine diplomatische Offensive, um eine friedliche Lösung des Konfliktes zu erreichen. Am 5. Februar reiste die Bundeskanzlerin gemeinsam mit dem französischen Präsidenten Hollande zu Vermittlungsgesprächen nach Kiew und Moskau. Zeitgleich fand eine enge Abstimmung mit den USA statt. Am 9. Februar beschlossen die EU-Außenminister Sanktionen gegen 19 Russen und Ukrainer sowie gegen neun Unternehmen. Um die Verhandlungsbemühungen nicht zu gefährden, wurde deren Inkrafttreten auf den 16. Februar verschoben – mit der Möglichkeit, diese einvernehmlich wieder zurücknehmen zu können. Das für den Gipfel entscheidende Treffen fand am 11. Februar in Minsk im sog. „Normandie-Format“ (Angela Merkel, Francois Hollande, Petro Poroschenko und Vladimir Putin) statt. Nach 17-stündigen Verhandlungen verpflichteten sich die vier Staatsoberhäupter in einer Erklärung zur Achtung der Souveränität und der territorialen Unversehrtheit der Ukraine. Die trilaterale Kontaktgruppe und die Separatisten-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
KAI ZENNER

Februar 2015

www.kas.de/bruessel

führer¹ unterzeichneten zudem ein Maßnahmenpaket zur Implementierung des Minsker Abkommens². Dieses umfasst u.a. folgende Elemente: eine von der OSZE überwachte, am Sonntag beginnende Waffenruhe, den Abzug schwerer Waffen aus einer Pufferzone³, einen Gefangenaustausch, Vorbereitung von Kommunalwahlen nach ukrainischem Gesetz in den von den Rebellen kontrollierten Gebieten, eine Verfassungsreform (Dezentralisierung, Sonderstatus für die besetzten Gebiete), bis Ende des Jahres eine Kontrolle der russisch-ukrainischen Grenze durch ukrainische Grenzbeamte, eine Amnestie, humanitäre Hilfe und die Schaffung von Arbeitsgruppen zur Umsetzung der getroffenen Vereinbarungen.

Die langen Verhandlungen verzögerten den Beginn des Gipfels in Brüssel um drei Stunden; am EVP-Vorgipfel konnte die Kanzlerin mithin nicht teilnehmen.

Beim Ratsgipfel diskutierten die Staats- und Regierungschefs die Ergebnisse von Minsk und ihre Haltung gegenüber Russland. Auf Einladung des Präsidenten des Europäischen Rates Donald Tusk nahm auch der ukrainische Präsident Poroschenko am Gipfel teil. Offenbar waren nicht alle Mitgliedstaaten über diese Einladung glücklich, doch Tusk und Merkel setzten sich durch. Nach einer, wie Tusk später feststellte, ernüchternden Analyse der Ergebnisse durch den ukrainischen Präsidenten fiel die Reaktion der meisten Staats- und Regierungschefs äußerst zurückhaltend aus: Ähnlich wie die Bundeskanzlerin, die im Nachgang der Verhandlungen in Minsk lediglich von einem Hoffnungsschimmer gesprochen hatte, begrüßten die Staats- und Regierungschefs zwar die Waffenruhe, sahen darin aber maximal einen ersten Schritt. Nach den bisherigen schlechten Erfahrungen werden sie

abwarten, ob dieses Mal den Worten auch Taten folgen werden. Zudem sind aus Sicht der Staats- und Regierungschefs mehrere Punkte des Abkommens problematisch, so etwa das auf Wunsch Russlands und der Separatisten auf Sonntag verschobene Inkrafttreten der Waffenruhe. Bezüglich der vereinbarten Amnestie ließ sich der niederländische Premier Rutte von Poroschenko versichern, dass die Verantwortlichen für den Abschuss der MH-17-Fluges nicht von einer Strafbefreiung profitieren würden. Positiv bewerteten die Staats- und Regierungschefs hingegen das grundsätzliche Bekenntnis zur territorialen Integrität der Ukraine. Insgesamt gilt die Übereinkunft aber als fragil.

Mithin sah der Europäische Rat vorerst keinen Anlass vom bisherigen Kurs abzuweichen: So werden die am 9. Februar von den Außenministern beschlossenen Sanktionen am 16. Februar in Kraft treten – mehrere Staats- und Regierungschefs sprachen sich deutlich gegen eine mögliche Rücknahme aus. Sollte es in den kommenden Wochen nicht zur vereinbarten Deeskalation kommen, droht zudem eine Verschärfung der Sanktionen. Die Kommission soll hierzu entsprechende Vorbereitungen treffen. Waffenlieferungen an die Ukraine wurden offenbar nicht diskutiert.

Darüber hinaus diskutierten die Staats- und Regierungschefs Maßnahmen zur Unterstützung der Ukraine: So begrüßten sie die Bewilligung eines 15,5 Milliarden Dollar Hilfspakets durch den IMF; 1,8 Milliarden kommen von der EU. Des Weiteren wird die EU die trilateralen Gespräche mit Russland und der Ukraine über Energiethemen wieder aufnehmen und die Ukraine bei der Umsetzung des Assoziierungsabkommens unterstützen. In seinem Briefing an die Staats- und Regierungschefs erbat Poroschenko Unterstützung für den Reformprozess und drängte zudem auf den Abschluss der Verhandlungen zur Visaliberalisierung bis zum nächsten Gipfeltreffen der Östlichen Partnerschaft im Mai in Riga.

Bereits in fünf Wochen – beim Europäischen Ratsgipfel am 19./20. März – werden die Staats- und Regierungschefs eine Bestandsaufnahme über die Umsetzung des Minsker Maßnahmenpakets vornehmen und über weitere Schritte entscheiden.

¹ Bestehend aus Heidi Tagliavini (OSZE), Leonid Kutschma (ehem. ukrainischer Präsident), Mikhail Zubarov (russischer Botschafter in der Ukraine) und den Rebellenführern Alexander Zakharchenko und Igor Plotnitski

² Wie die Bundeskanzlerin am Gipfel betonte, handelt es sich dezidiert nicht um ein neues Abkommen, sondern um Schritte zur Implementierung der im September geschlossenen Vereinbarungen.

³ Für die ukrainische Armee gilt der aktuelle Frontverlauf, für die Rebellen die Demarkationslinie vom September 2014.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
KAI ZENNER

Februar 2015

www.kas.de/bruessel

Kommentar

Die vorsichtige Reaktion auf das Minsker Paket ist berechtigt, denn die Vereinbarung von Minsk hat verschiedene Schwachstellen: Wird die – finanziell und personell ohnehin nicht üppig ausgestattete OSZE-Mission – erneut massiv bei der Ausübung ihres Mandats behindert? Wie genau soll der Sonderstatus für die besetzten Gebiete aussehen? Wird die Kontrolle der ukrainisch-russischen Grenze tatsächlich an ukrainische Grenzbeamte übertragen? Die Zweifel an der Umsetzung der Vereinbarungen sind begründet: In den letzten 12 Monaten gab es gerade vor Ratsgipfeln immer wieder Zeichen der Hoffnung, die letztlich aber in umso größerer Enttäuschung mündeten.

Dennoch: Ohne die in Minsk erzielte Einigung wäre höchstwahrscheinlich die Forderung nach Waffenlieferungen an die Ukraine auf die Agenda des Ratsgipfels gerückt und hätte den bisherigen weitgehenden europäischen Konsens in dieser Krise auf eine schwere Probe gestellt.

Die Führungsrolle der Bundeskanzlerin bei der Vermittlung wird von den anderen EU-Staaten anerkannt. Ihr wird – wie am Dienstag auch der britische Europaminister in Brüssel ausdrücklich betonte – wohl am ehesten zugetraut, erfolgreich mit Putin zu verhandeln. Die Vertreter der EU, Ratspräsident Tusk oder die Außenbeauftragte Mogherini waren zwar nicht in Minsk zugegen, Francois Hollande betonte aber, dass es eine regelmäßige Koordination mit der EU und speziell mit der EU-Außenbeauftragten Federica Mogherini gegeben habe.

Bemerkenswert sind die Nuancen zwischen den Reaktionen auf das Abkommen: Ratspräsident Tusk und Bundeskanzlerin Merkel, sprechen beide lediglich von einem Hoffnungsschimmer. Einige Vertreter der Sozialisten, wie der italienische Premier Renzi, und mit Abstrichen auch Francois Hollande, äußern sich hingegen optimistischer. Es bleibt abzuwarten, inwieweit sich diese Nuancen in den kommenden Monaten auch in unterschiedlichen Positionen zur Erneuerung der Sanktionen gegen Russland niederschlagen werden.

Die Teilnahme Präsident Poroschenkos am Ratsgipfel ist als deutliches Zeichen europä-

ischer Solidarität zu werten. Auch finanziell geht die Kommission bereits jetzt an ihre Grenzen, um den Transformationsprozess in der Ukraine zu unterstützen. Die Bewältigung der Ukraine-Krise hat weiterhin oberste Priorität für die Staats- und Regierungschefs: Viele von ihnen sehen sie – wie EU-Ratspräsident Tusk – als entscheidenden Prüfstein für die nach 1989 etablierte geopolitische Ordnung.

Eine Beobachtung zum deutsch-französischen Verhältnis: In seiner Pressekonferenz lobte Präsident Hollande geradezu überschwänglich die Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit. Viele Beobachter betonen, dass sich die Beziehungen nach den Pariser Anschlägen und im Zuge der gemeinsamen Krisendiplomatie spürbar gefestigt hätten – im Kontrast zu den schwierigen Anfängen und den vergeblichen Versuchen Hollande's mit Hilfe anderer Länder eine Allianz gegen die Bundeskanzlerin zu kreieren.

2. Griechenland

Hintergrund: Am 28. Februar 2015 läuft das zweite Hilfspaket für Griechenland aus. Wird es nicht, wie zuvor schon im Dezember 2014 geschehen, ein weiteres Mal verlängert, droht dem mit 320 Mrd. Euro verschuldeten Land das Ausbleiben der letzten Tranche über 1,8 Mrd. Euro. Ohne diese Finanzhilfe kann Griechenland aber wiederum seinen Zahlungsverpflichtungen gegenüber den internationalen Geldgebern nicht nachkommen und müsste den Staatsbankrott anmelden.

Trotz dieser prekären Ausgangslage lehnte die neue griechische Regierung aus Linksradi-kalen (SYRIZA) und Rechtspopulisten (Anexartiti Ellines) eine Verlängerung des Hilfsprogramms bzw. jegliche Zusammenarbeit mit der Troika ab. Schon während des Wahlkampfs im Januar 2015 sprachen sich beide Parteien vehement gegen das Rettungsprogramm, die darin enthaltenen Sparauflagen sowie die bisher umgesetzten Reformen in Griechenland aus. Anstelle des bisherigen Hilfsprogramms forderte die griechische Regierung eine Brückenfinanzierung bis Juli 2015 und eine gleichzeitige Neuverhandlung der Hilfsmaßnahmen im Rahmen einer internationalen Schuldenkonferenz. Zwar ließ sie frühere Forderungen

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
KAI ZENNER

Februar 2015

www.kas.de/bruessel

nach einem kompletten Schuldenerlass fallen, forderte aber weiterhin einen wesentlich größeren finanziellen Spielraum als auch deutlich mehr Hilfe bei den Reformen. Andernfalls – so der griechische Verteidigungsminister Kammenos – müsse Griechenland angebotene Finanzierungshilfen aus Russland oder China annehmen. Andere Regierungsmitglieder warnten gar vor einer drohenden Deformierung Griechenlands mit massiven finanziellen und sicherheitspolitischen Gefahren für ganz Europa.

Sondertreffen der Eurogruppe: Die anderen Mitglieder der Eurozone positionierten sich eindeutig gegen einen Schuldenerlass und sprachen sich stattdessen für eine Verlängerung des Hilfsprogramms aus. Insider des Brüsseler Politikbetriebes unterstrichen dabei, dass die griechische Regierung mit ihren Forderungen auf völlig verlorenem Posten stand. Insbesondere die EVP-geführten Regierungen aus Portugal, Spanien und Irland sprachen sich gegen eine griechische Sonderbehandlung aus. Vor diesem Hintergrund trafen sich am 11. Februar – also einen Tag vor dem Ratsgipfel – die Finanzminister der Eurogruppe in Brüssel. Trotz Verhandlungen bis in die Morgenstunden konnten sich die Anwesenden nicht einmal auf eine gemeinsame Erklärung hinsichtlich der Schritte zur Vorbereitung des nächsten Treffens am 16. Februar einigen. Teilnehmer bezeichneten das Treffen im Anschluss als "Desaster" und äußerten ihre Verwunderung über das vollständige Ausbleiben konkreter, schriftlicher Vorschläge durch den griechischen Finanzminister Varoufakis. Die griechische Regierung unterstrich hingegen, dass sie das derzeitige Hilfspaket nicht verlängern werde und ein neuer Vertrag notwendig sei.

Ergebnisse des EU-Ratsgipfels: Beim Gipfel selbst spielte das Thema 'Griechenland' laut der Bundeskanzlerin nur eine untergeordnete Rolle. Die Staats- und Regierungschefs griffen nicht in die Verhandlungen der Eurogruppe ein, sondern stellten klar, dass die aktuelle Krise nur von den betreffenden Finanzministern gelöst werden könnte. Auf dem Gipfel erfolgt daher nur ein kurzes Briefing der Regierungschefs durch den Präsidenten der Eurogruppe, Jeroen Dijsselbloem. Zudem erhielt der griechische Ministerpräsident Tsipras die Möglichkeit seine Posi-

tion sowie seine Vorschläge darzulegen. Ein schlüssiges Konzept konnte Tsipras nach Angaben von Beobachtern nicht vorlegen. Gleichwohl gelang es am Rande des Gipfels die verhärteten Fronten zwischen Griechenland und dem Rest der Eurozone durch einen Kompromiss teilweise aufzuweichen. Demnach wird die griechische Regierung nun doch mit den 'Institutionen' verhandeln. Zudem zahlt sie umgehend 700 Millionen Euro an den Internationalen Währungsfond zurück. Schließlich werden Experten der 'Institutionen' in den nächsten Tagen prüfen, inwieweit das derzeitige Hilfsprogramm mit den neuen griechischen Plänen vereinbar ist. Auch werden sie in Kooperation mit griechischen Abgesandten das nächste Treffen der Eurozone am 16. Februar vorbereiten. Die griechische Regierung bestand vor allem darauf, dass die 'Troika' von nun an als 'Institutionen' bezeichnet wird. De facto handelt es sich aber weiterhin um das alte Kontrollgremium aus Europäischer Zentralbank, Internationalem Währungsfonds und Europäischer Kommission.

Der griechische Ministerpräsident Tsipras unterstrich am späten Donnerstagabend, dass seine Regierung alles in ihrer Macht stehende tun werde, um beim Eurogruppen-Treffen am Montag eine Einigung zu erzielen. Ferner verkündete Tsipras, dass es für Griechenland fortan keine Troika mehr geben würde.

Die übrigen Reaktionen auf den geschlossenen Kompromiss waren eher verhalten. Angela Merkel stellte nach dem Gipfel erneut klar, dass vereinbarte Regeln auch einzuhalten sind. Jeroen Dijsselbloem war zwar mit dem Kompromiss zufrieden, sagte aber zugleich, dass die endgültige politische Einigung noch sehr schwierig werden würde. Auch der Präsident der Kommission, Jean-Claude Juncker, bleibt skeptisch und weist darauf hin, dass abzuwarten sei, welche Teile des bestehenden Hilfsprogramms die griechische Regierung akzeptiert.

Kommentar und Ausblick

Nach dem EU-Ratsgipfel scheint es, als steuerten Griechenland und die Eurozone auf einen Kompromiss hin. Dadurch würden letztendlich zwar die Reform- und Sparauflagen gelockert werden, grundsätzlich blieben die alten Regelungen aber bestehen. Es

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
KAI ZENNER

Februar 2015

www.kas.de/bruessel

ist wichtig, auf den beschränkten Handlungsspielraum der griechischen Regierung hinzuweisen. Beide Regierungsparteien gewannen die Parlamentswahl Anfang 2015 mit dem Versprechen, die Troika abzuschaffen und das bisherige Schuldenprogramm zu beenden. Würden sie der Verlängerung des Hilfspakets nun einfach zustimmen, würden sie wohl umgehend die Unterstützung ihrer Wähler verlieren. Andererseits könnten die Regierungen der anderen 18 Mitgliedstaaten der Eurozone ihren Bevölkerungen nach den bisher schon getätigten Hilfszahlungen kaum ein erneutes massives Entgegenkommen gegenüber Griechenland erklären.

Die Mitglieder der Eurozone und Vertreter der Europäischen Volkspartei als auch der Sozialisten lehnen daher geschlossen die griechischen Vorschläge ab. Zwar werden sie weiterhin nach Kompromissen suchen, letztendlich bleibt der Ball aber bei der griechischen Regierung. Diese muss einer Verlängerung des Hilfsprogramms zustimmen und mit den 'Institutionen' kooperieren. Sollte bis Ende Februar keine Einigung zustande kommen, droht Griechenland wieder einmal die Staatspleite. Für viele Wirtschaftsexperten hat ein solches Szenario – wie auch der mögliche Austritt Griechenlands aus der Gemeinschaftswährung – den Schrecken verloren. Zwar sei ein Austritt generell kein gutes Signal für den Zusammenhalt Europas, wirtschaftlich sei er heute jedoch im Gegensatz zu 2010 verkraftbar. Die politischen Folgen eines Nachgebens gegenüber den griechischen Forderungen werden als schwerwiegender angesehen. Ganz gleich wie die griechische Schuldenkrise endet, schon jetzt wird der Schaden als "enorm" bezeichnet.

3. Terrorbekämpfung

Darüber hinaus vereinbarten die Staats- und Regierungschefs eine Intensivierung der Zusammenarbeit bei der Terrorbekämpfung.

Hintergrund: Unmittelbar nach den Anschlägen von Paris hatten EU-Institutionen (unter Leitung des Antiterrorismuskordinators Gilles de Kerchove) und Mitgliedstaaten Maßnahmen zum Kampf gegen Terrorismus und Radikalisierung ausgelotet: Am 29. Ja-

nuar hatten sich daraufhin die EU-Innenminister bei ihrem Treffen in Riga auf eine gemeinsame Erklärung verständigt.

An dieser orientierten sich weitgehend auch die Beschlüsse der Staats- und Regierungschefs beim Gipfel. Die drei Leitthemen der verabschiedeten Erklärung: Stärkung der Sicherheit der Bürger, Maßnahmen zur Verhinderung der Radikalisierung und eine Stärkung der Zusammenarbeit mit internationalen Partnern.

1. Stärkung der Sicherheit der Bürger: Wichtigste Forderung des Gipfels ist die rasche Verabschiedung eines stabilen und wirksamen Rahmens für europäische Fluggastdatensätze (PNR-Richtlinie). Hintergrund: Ein entsprechender Vorschlag lag aufgrund des Widerstands der Sozialisten und der Liberalen im Europäischen Parlament seit zwei Jahren auf Eis. Infolge der Terroranschläge und wohl auch auf zunehmenden Druck der Mitgliedstaaten hin änderte das EP jedoch seine Haltung. So verabschiedeten am 11. Februar EVP, Sozialisten und Liberale eine auch von der ECR (nicht aber von den Grünen) unterstützte Erklärung, in der das Parlament sich verpflichtet, bis Ende des Jahres auf eine Verabschiedung der Richtlinie hinzuarbeiten. Gleichzeitig fordert es aber vom Rat Fortschritte zum Datenschutzpaket und eine gleichzeitige Verhandlung beider Dossiers. Die Erklärung des Europäischen Rats kam dem EP entgegen und spricht ausdrücklich von „soliden Datenschutzgarantien“.

Des Weiteren fordert der Europäische Rat eine Verstärkung und Modernisierung der Kontrollen an den Außengrenzen des Schengen-Raums – auf Grundlage des bestehenden Schengen-Rahmens. Die Kommission soll hierzu Leitlinien erarbeiten. Ursprünglich hatte die Erklärung darüber hinaus eine gezielte Änderung des Schengener Grenzkodex gefordert. Aufgrund der Bedenken einiger Mitgliedstaaten, insbesondere aber der Kommission wurde diese Forderung letztlich gestrichen. Allerdings wollen die Staats- und Regierungschefs eine gezielte Änderung des Schengener Grenzkodex – auf Grundlage eines Kommissionsvorschlags – in Betracht ziehen, falls der bisherige Rahmen nicht ausreichen sollte.

Die Erklärung fordert zudem eine tiefere Zusammenarbeit der Sicherheitsdienste der Mitgliedstaaten – eine Forderung, die der

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

EUROPABÜRO BRÜSSEL

OLAF WIENTZEK
KAI ZENNER

Februar 2015

www.kas.de/bruessel

EVP-Fraktionsvorsitzende Manfred Weber bereits seit langem vertritt.

Die Staats- und Regierungschefs beschlossen zudem einen engeren Austausch zwischen Strafverfolgungs- und Justizbehörden, eine rasche Umsetzung von Vorschriften zur Verhinderung von Geldwäsche und Terrorismusfinanzierung und eine rasche Annahme der Richtlinie zur Netz- und Informationssicherheit.

2. Vorbeugende Maßnahmen zur Verhinderung von Radikalisierung: Entfernung von Terrorismus und Extremismus propagierenden Inhalten aus dem Internet, Kommunikationsstrategien für Toleranz sowie Initiativen im Bereich der Bildung und der sozialen Integration.

3. Stärkung der Zusammenarbeit mit Drittstaaten (im südlichen und östlichen Mittelmeerraum, im Westlichen Balkan) als auch UN-Rahmen. Darüber hinaus will sie ihren Ansatz zur Krisenbewältigung in der südlichen Nachbarschaft „strategisch überdenken“.

Bemerkenswert: die Erklärung fordert explizit mehrfach die Intensivierung des Dialogs der Religionen und der Kulturen.

Die Ausgestaltung dieser Leitlinien erfolgt in den kommenden Monaten: im April soll die Europäische Kommission eine Mitteilung für eine umfassende Europäische Sicherheitsagenda vorlegen. Bei ihrem Treffen im Juni werden die Staats- und Regierungschefs ihrerseits eine Bestandsaufnahme des Umsetzungsstands vornehmen. Zudem soll bei der Terrorismusbekämpfung weiterhin eine enge Abstimmung mit den USA erfolgen: Am 18. Februar ist ein gemeinsames Treffen in Washington geplant.

Die Umsetzung einiger Vorschläge wird allerdings kein Selbstläufer: die Schaffung eines gemeinsam Rahmens für europäische Fluggastdaten ist zwar wahrscheinlicher geworden. Bei vielen Details gibt es aber noch einigen Diskussionsbedarf mit dem Europäischen Parlament. Die Mitgliedstaaten, insbesondere Großbritannien und Belgien drängen jedoch auf einen raschen Abschluss. Schwierig wäre auch eine Reform des Schengener Grenzkodex: das Europäische Parlament hat bereits deutlich gemacht, dass es von einer Änderung der Schengen-Regeln wenig hält. Die Einführung von Grenzkontrollen innerhalb des

Schengenraums ist eine rote Linie. Auch Kommissionspräsident Juncker verdeutlichte beim Gipfel, dass die Einführung neuer Regeln für den Schengenraum vorerst nicht auf der Agenda stehe. Andere Vorschläge (etwa die Zusammenarbeit der Geheimdienste) berühren wiederum hochsensible Politikfelder. In einigen Mitgliedstaaten setzt auch die Verfassung Grenzen - was etwa das Monitoring des Internets angeht.

4. Langfristige Konsolidierung der Eurozone

Das eigentliche Thema des Gipfels – die Überlegungen zur langfristigen Konsolidierung der Eurozone – wurde in den Hintergrund gedrängt. Die Gründe: 1. Die Ukraine-Krise 2. Die Staats- und Regierungschefs wollten ohne eine Lösung des Griechenland-Problems nicht über langfristige Pläne für die Eurozone sprechen.

So blieb es bei der Vorlage einer Analyse des Kommissionspräsidenten Juncker zur Europäischen Wirtschafts- und Währungsunion. Die geplanten Diskussionen fanden hingegen nicht statt. Juncker stellte fest, dass sich die Eurozone nicht im gleichen Maße wie die USA von der Wirtschafts- und Finanzkrise erholt hat. Als Hauptgrund hierfür macht er den unvollständigen institutionellen Rahmen der Wirtschafts- und Währungsunion fest. Darüber hinaus warf er verschiedene Fragen auf, unter anderem ob ein neues Budget notwendig sei oder ob es gemeinsame Institutionen innerhalb der Eurozone geben sollte. Grundsätzlich hob Juncker hervor, dass der Reform- und Integrationswille der Mitgliedstaaten der Eurogruppe wieder erstarben müsse.

Die vorgelegte Analyse stellt dabei nur einen ersten Schritt dar, hin zu einem im Juni erscheinenden, umfangreichen Bericht der vier Präsidenten der Europäischen Kommission, des Europäischen Rats, der Euro-Gruppe und der Europäischen Zentralbank. Beobachter erwarten, dass Juncker auf einen – im Vergleich zum van Rompuy-Papier – politischeren Bericht drängen wird. Es bleibt abzuwarten, ob die Co-Autoren und die Mitgliedstaaten diesen „visionären“ Ansatz unterstützen werden.